



03/2025

Weichenstellung für eine zukunftsfähige Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft ist einer der größten Wirtschaftssektoren Deutschlands – sie sichert Millionen Arbeitsplätze, treibt Innovationen voran und trägt maßgeblich zur wirtschaftlichen Wertschöpfung bei. Die Herausforderung hieran ist: Es ist das teuerste Gesundheitssystem in der EU, liefert aber oft nicht die bestmöglichen Ergebnisse für Patient:innen und ist ineffizient.

Um die Gesundheitsversorgung zukunftsfähig zu gestalten, müssen Wirtschaftlichkeit und Versorgungsqualität Hand in Hand gehen. Ein leistungsfähiges, solidarisch finanziertes Gesundheitssystem ist ein Kernelement einer gerechten und gerade auch in Krisen resilienten Gesellschaft. Angesichts des Alterns unserer Gesellschaft, steigender Kosten und neuer gesundheitlicher Herausforderungen bedarf es einer strukturellen Neuausrichtung, die sowohl nachhaltige Finanzierungslösungen als auch einen konsequenten Ausbau digitaler Lösungen und eine innovationsfreundliche Regulierung beinhaltet. Dies alles, um Versorgung zu verbessern und gleichzeitig Ressourcen verantwortungsvoll einzusetzen.

Die Digitalisierung eröffnet enorme Potenziale – von der intelligenten Vernetzung der Akteur:innen über KI-gestützte Diagnostik bis hin zu patient:innenzentrierten Versorgungsmodellen. Gleichzeitig müssen Finanzierungs- und Erstattungsstrukturen so angepasst werden, dass sie Innovationen ermöglichen, soziale Gerechtigkeit sichern und eine langfristige Stabilität gewährleisten. Um das volle Potenzial dieses Schlüsselsektors zu entfalten, ist ein Wandel in der Wahrnehmung unerlässlich: Gesundheitsausgaben sind keine fiskalische Last, sondern der Nährboden für gesellschaftlichen Wohlstand und wirtschaftliche

Prosperität – eine Investition in die Lebensqualität und Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen und damit in die Zukunft des Landes.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Ergebnisqualität in den Mittelpunkt stellen

Die Vergütung und Bewertung von Gesundheitsleistungen muss sich stärker an der tatsächlichen Ergebnisqualität für Patient:innen orientieren. Es wird eine Einführung eines konsequenten und flächendeckenden Value-Based-Healthcare-Ansatzes empfohlen. Transparenz und Vergleichbarkeit der Ergebnisqualität durch eine bessere Nutzung und Veröffentlichung von Gesundheitsdaten muss sichergestellt werden.

Bürokratie minimieren, Ressourcen freisetzen

Bürokratie bindet wertvolle Zeit und finanzielle Mittel, die besser in die direkte Patient:innenversorgung und in Forschung und Entwicklung fließen sollten. Ein effizienteres, digital unterstütztes Verwaltungssystem entlastet Leistungserbringer und stärkt die Gesundheitswirtschaft. So sollte ein Bürokratie-Check, ähnlich zum Normenkontrollrat, eingeführt werden: Neue Regularien müssen auf ihre Auswirkungen auf Effizienz und Innovationsfähigkeit geprüft werden. Es müssen zudem digitale Verwaltungsprozesse ausgebaut werden, um redundante Dokumentationspflichten zu reduzieren und Abläufe zu beschleunigen. Es bedarf einheitlicher und vereinfachter Zulassungs- und Abrechnungsverfahren, um schnellere Marktzugänge zu ermöglichen. Um die forschungsintensive Pharmaindustrie weiter zu stärken, bedarf es weitere Maßnahmen, die die klinische Forschung in Deutschland erleichtern. Es gilt jetzt, die positiven Maßnahmen aus dem Medizinforschungsgesetz (MFG) konsequent umzusetzen und darauf aufzubauen. Denn die Genehmigungsverfahren für (prä-)klinische Studien sind nach wie vor langwierig.



Fokus auf digitale Innovation: Technologie als Schlüssel zur Effizienzsteigerung etablieren

Digitale Lösungen müssen nicht nur zugelassen, sondern aktiv gefördert und priorisiert werden. Verbindliche Digitalisierungsziele in der Gesundheitsversorgung sollten mit klaren Zeitplänen versehen werden. Zudem sollten einheitliche Interoperabilitätsstandards für digitale Gesundheitsanwendungen und eine flächendeckende Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) mit Opt-out-Verfahren stattfinden. Zusätzlich soll der digitale Beipackzettel (ePI) eingeführt werden. Auch der digitale Impfpass ist zentral, um die Digitalisierung voranzutreiben und Informationssicherheit und Gesundheitsvorsorge zu stärken. Es bedarf stärkere finanzielle Anreize und schnellere Erstattungsverfahren für digitale Gesundheitslösungen, insbesondere für präventive und telemedizinische Angebote. Deutschland sollte sich zudem zur aktiven Mitgestaltung des European Health Data Space (EHDS), verpflichten, um eine sichere, standardisierte und grenzüberschreitende Nutzung von Gesundheitsdaten für Forschung, Innovation und eine bessere Patient:innenversorgung zu ermöglichen.

Mehr Freiraum für Innovationsräume schaffen, Healthcare-Bereich gezielt fördern und Marktzugang erleichtern

Innovationen sind essenziell für eine effiziente und wettbewerbsfähige Gesundheitsversorgung. Um Marktzugänge zu erleichtern, müssen regulatorische Hürden

abgebaut und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehören die Stärkung von Innovationsräumen und Testregionen sowie die gezielte Förderung intersektoraler Zusammenarbeit zwischen Start-ups, etablierten Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Förderprogramme und spezifische Innovationsfonds für KMU im Healthtech-Bereich sollten ausgebaut werden, um Forschung, Entwicklung und Skalierung zu unterstützen. Schnellere Zulassungsverfahren und vereinfachte Erstattungswege für digitale Gesundheitsanwendungen und Medizintechnik müssen den Markteintritt erleichtern. Öffentliche Ausschreibungen sollten KMU-freundlicher gestaltet, Bürokratie reduziert und Innovationskriterien stärker berücksichtigt werden, um Kooperationen mit Kliniken und Krankenkassen zu fördern und Innovationen schneller in die Praxis zu bringen.

Prävention fördern, Gesundheit stärken

Das neu geschaffene Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit (BIÖG) bietet eine einzigartige Chance für die nächste Bundesregierung, den Fokus verstärkt auf Prävention zu legen. Das Institut sollte eine umfassende Public-Health-Strategie entwickeln, die Prävention als zentrales Handlungsfeld etabliert. Durch gezielte Maßnahmen, evidenzbasierte Programme und eine stärkere Vernetzung von Akteur:innen des Gesundheitssystems können durch Präventionsansätze Gesundheitskosten langfristig gesenkt werden.

Kompetenzcluster Beispielcluster

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.
Dorotheenstr. 3, 10117 Berlin
kommunikation@wv-g.de

Hauptgeschäftsführung: Martin Kaul,
Katharina Krüger (stellv.)

Referent:innen Cluster Gesundheitswirtschaft:
Laura Molina, David Peter

Aus der Wirtschaft, mit der Politik: In den Kompetenzclustern entwickeln die Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung der Grünen Perspektiven und Impulse. Diese müssen nicht in jedem einzelnen Fall mit den Positionen jedes einzelnen Mitglieds übereinstimmen. [Mehr hier.](#)

Eingetragen im [deutschen Lobbyregister](#)
R007085 & im [EU Transparenzregister](#)
290752950419-55